

II— 1743 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 915 /J

1976 -12- 22

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. BUSEK  
und Genossen  
an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung  
betreffend Zuspitzung der Lage der EDV-Bediensteten  
mit Sondervertrag an den Österreichischen  
Universitäten

Für die ca. 200 EDV-Bediensteten an den Österreichischen  
Universitäten hat sich durch die unverständliche  
Haltung des Bundesministeriums für Wissenschaft und  
Forschung die Lage stark zugespitzt. Konkret geht  
es dabei um 2 Probleme:

- 1.) Bis jetzt wurde die den EDV-Sondervertragsbediensteten  
gemäß 23. Vertragsbediensteten-Gesetz-Novelle  
vom 1. Juli 1976 zustehende Erhöhung des  
monatlichen Entgeltes mit ganz wenigen Ausnahmen  
(Leiter) noch nicht ausbezahlt;
- 2.) In bereits vorliegenden Nachträgen zu den  
bestehenden Sonderverträgen ist kein entsprechender  
Punkt mehr angeführt, der bei eventuellen Gehalts-  
erhöhungen bei den Vertragsbediensteten des  
Bundes eine Angleichung der Entgelte der  
Sondervertragsbediensteten vorsieht, wie dies  
bisher der Fall war.

Trotz mehrfacher Urgenzen der Betroffenen hat sich  
die Frau Bundesminister bisher noch nicht bereit erklärt,  
diese zu einem Gespräch zu empfangen; vielmehr wurden

bisher nur vom Ministerium mehrere Schreiben gleichen Inhalts an die Betroffenen geschickt, in denen die baldige Auszahlung der Erhöhung vom 1. Juli 1976 zugesagt wird. Darüberhinaus hat die Frau Bundesminister in diesen Schreiben eine Abgeltung der Teuerung für die Zukunft in Frage gestellt. In den Nachträgen zu den Sonderverträgen ist dementsprechend auch kein Punkt mehr angeführt, der die Erhaltung des Reallohns sicherstellt und damit eine Schlechterstellung der EDV-Bediensteten gegenüber anderen Bundesbediensteten ausschließt.

In diesem Zusammenhang muß auch mit Befremden vermerkt werden, daß der zuständige Beamte des Wissenschaftsministeriums für den Fall, daß diese Nachträge nicht unterschrieben werden, erklärt hat, daß die Verträge dann gekündigt werden könnten.

Die Vorgangsweise des Ministeriums in der Angelegenheit der EDV-Sondervertragsbediensteten ist umso unverständlicher, als gegenüber anderen Sondervertragsbediensteten im Wissenschaftsministerium wesentlich großzügiger vorgegangen wird und diesen bereits eine Wertsicherung in ihren Sonderverträgen zugestanden wurde.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende

#### A n f r a g e :

- 1.) Welche Gründe sind maßgebend dafür, daß bisher eine Auszahlung der seit 1.7.1976 fälligen Bezugserhöhung an die EDV-Sondervertragsbediensteten nicht erfolgt ist?
- 2.) Werden Sie sich dafür einsetzen, daß die Auszahlung dieser Bezugserhöhung raschestens durchgeführt wird?
- 3.) Werden Sie dafür sorgen, daß für die EDV-Sondervertragsbediensteten an den Österreichischen Universitäten auch in Hinkunft bei eventuellen Gehaltserhöhungen der Vertragsbediensteten die Angleichung der Entgelte sichergestellt ist?